

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckanstalt: Nachrichten Dresden
Hauptredaktion: 25341
Kurs für Nachrichten: Nr. 30011
Schreibleitung u. Hauptgeschäftsstelle:
Dresden-K. 1, Martenstr. 36/42

Besuchsgebühr vom 1. bis 15. August 1928 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1.70 Mk.
Wochensubskription für Monat August 3.40 Mk. ohne Postaufschlaggebühren. Einzelnummer 10 Pf.
Anzeigenpreise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einseitige 30 mm breite Zeile
25 Pf., für auswärts 40 Pf. Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 15 Pf., außer-
halb 25 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pf., außerhalb 250 Pf. Offertengebühr 30 Pf.
Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung

Druck u. Verlag: Dietrich & Reichardt,
Dresden, Postfach-Nr. 1068 Dresden
Nachdruck nur mit druckl. Quellenangabe
(Dresden, Stadt.) zulässig. Unterlangens
Schriftgröße werden nicht aufbewahrt

Spiel mit dem Feuer im Osten

Die Legionärstagung am 12. August in Wilna - Verschwörung gegen Woldemaras?

Berlin, 9. August. Wie aus Wilna gemeldet wird, sind die Vorbereitungen für die Legionärstagung in Wilna in vollem Gange. Die Bedeutung der Tagung wird dadurch noch unterstrichen, daß außer Pilsudski auch mehrere Minister an ihr teilnehmen. Mit besonderer Spannung wird der großen politischen Ansprache Pilsudskis entgegengeesehen. Außer Pilsudski werden noch der stellvertretende Ministerpräsident Moraczewski, Handelsminister Swiatkowski, Unterrichtsminister Swiatkowski, Verkehrsminister Kühn, Justizminister Mysztowski, Minister für Agrarreform Staniewicz, die Deeresinspektoren Sosnowski und Hydys-Smigaj sowie zahlreiche andere Persönlichkeiten erwartet. Wahrscheinlich wird auch der polnische Außenminister Jaleski, der am 10. August nach Warschau kommt, zu der Tagung nach Wilna fahren. Das Empfangskomitee hat auch sämtliche Abgeordnete und Senatoren des Großblocks nach Wilna eingeladen. In der Nähe der litauisch-polnischen Demarkationslinie haben die Polen

zahlreiche Abteilungen von polnischen Pfadfindern zusammengezogen. Ferner haben die Polen alle Männer vom 18. Lebensjahre aufwärts zu militärischen Übungen eingeladen. Die Leute haben sich verpflichtet, in der Woche dreimal dreistündige Übungen abzuhalten.

Die polnischen Zeitungen können es noch immer nicht verschmerzen, daß die deutsche Regierung nicht nur in Rowno darauf hingewiesen hat, daß eine Beilegung des polnisch-litauischen Konflikts erwünscht wäre, sondern sie auch den polnischen Gesandten in Berlin auf die Gefahren aufmerksam gemacht hat, die sich aus dem Konflikt ergeben. Der die Regierung unterstützende, Industriekreisen nahestehende „Kurjer Półny“ erklärt, daß der vom Ministerialdirektor Różycki unternommene diplomatische Schritt seinen sehr glücklichen Eindruck machte, insbesondere, wenn man sich der russischen Propagandakampagne erinnert, die doch gerade eine solche Demarche in Warschau verlangt habe. Es sei doch sonderbar, daß die Reichsregierung so eifrig die Forderungen Woldemaras erfüllt habe. Wenn die deutsche Regierung tatsächlich den Wunsch habe, Polen bei der Beilegung seines Konflikts mit dem unglückseligen Rowno zu helfen, so habe sie ein sehr dankbares Arbeitsfeld im Völkerbund, wo sie der Sache des Friedens in Osteuropa bedeutend besser als durch eine Demarche dienen könne.

In maßgebenden politischen Kreisen nimmt man an, daß die litauisch-polnischen Fragen in den kommenden Verhandlungen des Völkerbundes in Genf erneut aufgerollt werden. Man glaubt, daß die Initiative zunächst von dem Berichtserfasser für die polnisch-litauischen Fragen im Völkerbundsbericht, dem holländischen Außenminister, ausgehen werde. Ueber die Möglichkeit einer Lösung dieser außerordentlich verwickelten Frage ist man sich bisher noch vollkommen im Unklaren. Genfer Meldungen zufolge soll Litauen erneut versuchen, direkte Verhandlungen unter Leitung eines Mitglieds des Völkerbundsrats anzuschließen. Eine Antwort der litauischen Regierung auf die letzte polnische Note, in welcher vorgeschlagen wurde, die Verhandlungen, die für Königsberg in Aussicht genommen waren, nach Genf zu verlegen, ist bisher in Warschau noch nicht eingetroffen.

Das Pilsudski-Blatt „Głos Prawdy“ berichtet aus Rowno von einer

Verschwörung gegen Woldemaras

und seiner Anhänger. Mehrere höhere Staatsbeamte, die an der Verschwörung beteiligt gewesen sein sollen, seien verhaftet worden. In Litauen waren Mitteilungen darüber noch nicht zu erhalten.

Die Legionärstagung in Wilna für Abgeordnete Pflicht!

Wilna, 9. Aug. In Wilna sind sämtliche Vorbereitungen zum Empfang der Teilnehmer an der Legionärstagung getroffen. Außer den Legionären werden Vertreter der Behörden sowie eine große Anzahl ausländischer Pressevertreter erwartet. Ferner haben sämtliche Abgeordnete und Senatoren der Regierungspartei den Auftrag erhalten, vollständig nach Wilna zu kommen. Die meisten Veranstaltungen sowie die Rede Pilsudskis sollen durch Rundfunk verbreitet werden.

Polnische Provokationen und Ueberempfindlichkeit

Berlin, 9. August. Wie das „Polener Tageblatt“ meldet, verweigerte die polnische Regierung dem österreichischen Konsul in Danzig das Credoat, und zwar aus dem Grunde, weil er anlässlich des Besuchs österreichischer Kinder in Danzig in einer Ansprache erklärt haben soll, der Tag sei nicht mehr fern, daß Deutschland, Oesterreich und Danzig ein einheitliches Ganzes bilden werden. An dieser Rede habe die polnische Presse Anstoß genommen und die Regierung aufgefordert, einen entsprechenden diplomatischen Schritt zu unternehmen. Diesem Aufstimmern scheint nun die Regierung tatsächlich nachgekommen zu sein.

Wie aus Danzig gemeldet wird, hatte die deutschnationale Fraktion am 2. Juli eine Anfrage an den Senat gerichtet, wonach die polnische Eisenbahndirektion in Danzig im Mai dieses Jahres für ihre Dienststellen anordnete, daß die deutsche Sprache im Verkehr mit dem Publikum und auch in Privatunterhaltungen verboten sei. Dieser Erlaß war rechtswidrig auch im Gebiet der Freien Stadt Danzig verbreitet worden. Der Senat hatte geantwortet, daß die Anfrage von einer falschen Voraussetzung ausgehe. Der Erlaß bezog sich nicht auf das Gebiet der Freien Stadt Danzig, sondern auf die polnischen Strecken der Staatsbahndirektion Danzig. Im letzten Absatz des Erlasses sei übrigens hervorgehoben, daß die Verordnung im Gebiete der Freien Stadt Danzig sprachlich in keiner Weise etwas ändere. Dieser Antwort hat die Deutschnationalen nicht befriedigt. Sie stellen daher in einer erneuten Anfrage fest, daß die Anfrage vom 2. Juli durchaus nicht von falschen Voraussetzungen ausgehe, hingegen die Antwort des Senats der Sachlage nicht gerecht werde. Die Partei frage den Senat, ob ihm bekannt sei, daß der Erlaß der polnischen Eisenbahndirektion amtlich auch im Gebiet der Freien Stadt Danzig verbreitet sei, und was der Senat zu tun gedente, um diesem Vorstoß gegen die Rechte der Freien Stadt Danzig entgegenzutreten.

Polens Dank. Das polnische Außenministerium hat den polnischen Konsul in Hamburg beauftragt, im Namen des Außenministers Jaleski der Direktion der deutschen Levantelinie für die vom Dampfer „Samos“ den verunglückten polnischen Fliegern gewährte Hilfe den Dank auszusprechen. (W. T. B.)

Großherzog Friedrich von Baden †

Badenweiler, 9. Aug. Heute früh ¼ 4 Uhr ist auf seinem hiesigen Wohnsitz der Großherzog Friedrich von Baden im Alter von 71 Jahren verstorben. (W. T. B.)

Großherzog Friedrich II. von Baden kam erst in verhältnismäßig hohem Alter im Jahre 1907 zur Regierung als Nachfolger seines Vaters, Friedrich I., der mehr als 50 Jahre die Geschicke des badischen Landes geleitet hatte. In den Jahren seiner Regierung bis 1918 trat der in Baden sehr beliebte Landesfürst verhältnismäßig wenig hervor, da er seiner ganzen Charakterveranlagung nach ein stiller, pflichttreuer Mensch war. In den Novembertagen 1918 begab er sich nach seiner Abdankung zuerst ins Reichardtal auf das Schloß Zwingenberg, später lebte er in Baden-Baden, Freiburg und Badenweiler, im Sommer auch auf der in dem Besitz der großherzoglichen Familie gebliebenen Insel Raimau. Baden war eins der ersten Länder, das sich im Jahre 1919 eine neue Verfassung gab. Im unmittelbaren Anschluß hieran wurden auch die Beziehungen zum ehemaligen Herrscherhaus in finanzieller Hinsicht geregelt.

Biel bemerkt wurde die Tatsache, daß bei dem noch nicht lange verstorbenen 70. Geburtstag des Großherzogs die badische Regierung, die sich bekanntlich mit kurzen Ausnahmen seit 1919 auf eine Weimarer Koalition stützt, dem Großherzog in herzlichsten Worten die Glückwünsche des badischen Volkes übermittelte, und hierbei besonders betonte, daß er sich der Achtung und Zuneigung des ganzen Volkes erfreuen habe.

Der Großherzog war seit sieben Jahren leidend, besonders führte ihn ein schon frühzeitig sich bemerkbar machendes schweres Augenleiden. Seine ebenfalls erst vor wenigen Jahren verstorbenen Mutter war die Tochter Kaiser Wilhelms I., seine Schwester ist die Gemahlin des Königs von Schweden, die immer einen Teil des Jahres in ihrer badischen Heimat verbracht hat.

Frankreich überreicht die offiziellen Einladungen

Auf Wunsch Kelloggs

Paris, 9. Aug. „Matin“ erklärt, in der Lage zu sein, anständigen zu können, daß die französische Regierung im Namen und im Auftrage Kelloggs vorgestern den in dem amerikanischen Memorandum vom 23. Juni als Erstunterzeichner des Antikriegspaktes genannten Mächten die offizielle Einladung überreicht habe. Es handelt sich um die sieben Locarnomächte und die englischen Dominions. Die Antworten dürften Ende dieser Woche in Paris eintreffen. „Petit Parisien“ berichtet im gleichen Sinne und bemerkt dazu: Logischerweise hätte Kellogg die Einladungen verlesen müssen. Da aber Paris als Unterzeichnungsort gewählt wurde, habe die amerikanische Regierung es für höflicher gehalten, daß die Einladungen von Frankreich, dem Gastgeber, ausgehen. Frankreich sei diesem Wunsch nachgekommen, unter der Bedingung, daß es gleichsam im Namen und Auftrag Amerikas handele. Nach einigen Bedenken habe man sich auf dieses Verfahren geeinigt. Die offiziellen Einladungen seien vor zwei Tagen erlangt, und zwar an die „ursprünglichen Gränder“. Das amerikanische Staatsdepartement und der Quai d'Orsay hätten sich in diesem Sinne geeinigt.

Wird Deutschland in Paris Rheinlandräumung fordern?

Paris, 9. August. Wie der Londoner Berichtserfasser des „Echo de Paris“ seinem Blatt dröhrt, wird an hoher Stelle behauptet, daß die deutsche Regierung die Absicht haben soll, die Frage der Rheinlandräumung in Paris aufzurollen. Die Wilhelmstraße habe bereits bei der englischen, französischen, belgischen und italienischen Regierung angefragt, ob ein derartiger Schritt günstig aufgenommen würde. Ueber die Absicht der britischen Regierung, so erklärt der Berichtserfasser, könne Deutschland nicht im unklaren sein. Der Leiter des Foreign Offices selbst, habe vor einigen Tagen an-

geben müssen, daß die britische Regierung für ihren Teil geneigt sei, einer vorzeitigen Räumung zuzustimmen, daß aber Frankreich und Belgien die deutsche Forderung zuerst erhalten müßten. Dadurch werde eine Art moralischer Druck auf die Regierungen von Paris und Brüssel ausgeübt. Indessen habe die Londoner Regierung in Berlin zu verstehen gegeben, daß es von schlechtem Geschmack (!) und auch eine Ungleichförmigkeit (?) sei, die Unterzeichnung des Kellogg-Paktes dazu benutzen zu wollen, die französisch-belgische Zustimmung für die Räumung um den Preis der Unterschrift Deutschlands unter den Kriegsverzichtspakt zu erzwingen. Stresemann habe dies auch bearrigen. Daher würden die Verhandlungen über die Räumung einen vertraulichen Charakter annehmen. Die Abwesenheit Chamberlains und vielleicht auch Stresemanns bei der Unterzeichnung des Paktes werde diese Änderung der Taktik der deutschen öffentlichen Meinung annehmbarer machen.

Unsere Berliner Schriftleitung teilt uns dazu das Folgende mit: In der Wilhelmstraße wird darauf hingewiesen, daß von einer deutschen Demarche in der Räumungsfrage gar keine Rede sein könne, daß es sich vielmehr um eine deutsche diplomatische Fühlungsnahme in Paris und London handle, wie dies vor jeder Völkerbundstagung üblich sei. Im übrigen hat sich an der Haltung des Reichsaußenministers Dr. Stresemann gegenüber seiner Parisreise nicht das mindeste geändert. Wie an unterrichteter Stelle versichert wird, ist diese Reise von dem Gesundheitszustand des Reichsaußenministers abhängig. Nach anderen Informationen scheint es, als ob die Reise Dr. Stresemanns nach Paris durch die allgemeinpolitische Lage immer mehr in Frage gestellt wird.

Phantasien eines französischen Generals

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung)

Berlin, 9. Aug. Der Oberkommandierende der französischen Belagungsgruppen im Rheinland, General Guillaumat, hat dem Vertreter der „New York Times“ ein Interview gegeben, das in dem Blatt am 5. August veröffentlicht wurde. Es ist bezeichnend für die sorgföhrten Bemühungen der französischen Militärstellen, sich für ihr überflüssig gewordenen Verbleiben im Rheinland eine gute Welt zu machen. General Guillaumat hatte die Sitten, dem amerikanischen Blatt folgendes zu erklären: „Die Rheinland haben gesehen, daß unsere Disziplin und unser Verhalten besser und angenehmer sind als die preussischen. Es gibt Leute, die sich darüber beschwert haben, daß wir hier unter den Angehörigen und Arbeitern die Ideen von persönlicher Unabhängigkeit und Freiheit verbreitet haben, die der Ruhm zivilisierter Länder sind. Wir empfangen viele Angebote von Leuten, die Räumlichkeiten an Offiziere vermieten wollen. Diese Quartiere werden auf bezahlt und Mainz wird sehr traurig sein, wenn wir abziehen...“ Man erfährt aus diesen Worten, daß sich die Mentalität der französischen Generale trotz Locarno nicht im mindesten geändert hat. Im übrigen bedürfen diese französischen Unverschämlichkeiten keines weiteren Kommentars.

1000 Personen lebendig verbrannt

Balkanische Katastrophe in Niederländisch-Indien

Batavia, 8. Aug. Infolge des Ausbruchs des Vulkans Krakatau auf der Insel Paloesch nördlich der Insel Flores (Niederländisch-Indien) wurden am 4. und 5. August sechs Dörfer der Insel durch Brand zerstört, etwa 1000 Personen lebendig verbrannt und 600 durch herabfallende Steine verletzt. Durch das Erdbeben, das den Ausbruch des Vulkans beileitete, sind die Küsten der Insel überflutet worden, wobei andere Opfer zu beklagen sind. Die überlebende Bevölkerung, etwa 5000, zeigt sich ruhig. Man fürchtet, daß neun Einwohnerenshilfe mit ihrer Mannschafft untergegangen sind. Der Resident von Timor ist unterwegs nach dem Schauplatz der Katastrophe.